

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigen-Verwaltung entgegen. - Erscheint wöchentlich. - Preis pro Stück 10 Pf. - Preis pro Quartal 30 Pf. - Preis pro Jahr 100 Pf. - Preis pro Ausland 150 Pf.

Abdruckkosten für die Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. - Die Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. - Die Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen.

Telegramme: Cagblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 1000

Nr. 133

Dienstag, den 10. Juni 1924

19. Jahrgang

Kreditfragen.

Für die Befriedigung unseres Kreditbedarfes gibt es zwei Quellen. Die grundsätzlich nächstliegende ist die Sparfähigkeit der Bevölkerung, während Auslandskredite eine zwar vorübergehende, aber letzten Endes auch effektive Kreditbeschaffung darstellen. Ein drittes gibt es nicht, entweder wir sparen Geld oder die anderen sparen. Zweifellos hat seit der Markstabilisierung die Sparfähigkeit in Deutschland zugenommen oder, besser gesagt, sie ist wieder aufgelebt. Wenn auch der größte Teil der Erhöhung der Spartassenguthaben auf die Giroguthaben entfällt, so weisen doch auch die reinen Spareinlagen eine gewisse Zunahme auf. So stiegen z. B. die Spareinlagen der Sparkasse der Stadt Berlin von 1 818 100 Mk. im Januar auf 3 430 100 Mk. im April. Stärker ist noch die Steigerung der Sparkasse Kreis Teltow, wo die Sparguthaben von 185 900 Mk. auf 880 100 Mk. im April sich erhöhten. Das sind natürlich noch bescheidene Summen. Aber es ist ein Anfang, angesichts dessen es nun aber auch notwendig ist, daß die Sparkassen in der Verwendung dieser Gelder sich Disziplin auflagen. Daß sie das nicht immer tun, davon gibt eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern Zeugnis, die offenbar nicht ohne Grund den Sparkassen die Grundzüge für eine volkswirtschaftliche Verwendung ihrer Mittel nahelegt. Der amtliche preussische Pressebericht sagt über die Verfügung folgendes: „Die Sparkassen müssen sich in Zukunft streng auf ihren Geschäftsbezirk beschränken. Sie müssen als öffentliche Einrichtungen ihre Mittel für ihren Bezirk zur Verfügung halten. Ist einmal vorübergehender Geldüberschuß vorhanden, so sollen diese Gelder bei den provinzialen öffentlichen Kreditinstituten angelegt werden, vor allem sollen die Sparkassen bei Geschäften mit Privatpersonen Geld nur für wirklich produktive Zwecke geben. Es wird ihnen untersagt, Gelder an Geldvermittler weiterzugeben, die den Kredit nicht in der Produktion verwerten, sondern Geldarbitrage betreiben. Die Sparkassenaufsichtsbehörden sollen das Personalkreditgeschäft der Sparkassen auf das sorgfältigste überwachen.“ Die Verfügung geht dann darauf ein, daß die Sparkassen als Folge der sich nur langsam besehenden Sparfähigkeit und der gesteigerten Kreditansprüche häufig kurzfristige Geldgeber außerhalb des eigentlichen Geschäftsbezirks ausnahmen. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn das unter Innehaltung jungerster Beschränkung auf das unerläßliche Maß und bei den provinzialen öffentlichen Kreditinstituten erfolgt. Es ist aber unzulässig, daß solche kurzfristigen Kredite zur Verstärkung der eigenen Betriebsmittel von anderen Sparkassen oder öffentlichen Kommunalkassen aufgenommen werden. Die seit längerer Zeit gegenwärtige gelegentliche Ausleihe unter nachbarlichen Sparkassen darf nicht in Geldarbitrage ausarten. Die Herannahme solcher fremden Spartassengelder ist deshalb ebenso wie die Abgabe eigener Gelder an fremde Sparkassen oder Kommunalkassen grundsätzlich zu unterlassen. Mit besonderer Schärfe wendet sich dann die Verfügung gegen die oft recht willkürlichen, mit der Stellung und den Ausgaben der Sparkassen nicht zu vereinbarenden Verträge, kurzfristige Gelder vielfach unter Heranziehung privater Vermittler oder auf Grund offener oder stiller Verträge von privater Seite zu erlangen. Der Minister bestimmt deshalb, daß in Zukunft Sparkassen kurzfristige Geldgeber von privater Seite außerhalb ihres Geschäftsbezirks grundsätzlich überhaupt nicht und als Übergang nur ausnahmsweise im Einzelfalle, soweit dies zur Abwicklung eines bereits laufenden Kreditgeschäftes im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und nur innerhalb des Geschäftsbezirks unerlässlich ist, herannehmen dürfen. Unter keinen Umständen dürfen Sparkassen durch die Tages- oder Nachpresse oder mit Hilfe von Vermittlern sich zur Herannahme kurzfristiger Gelder zur Kreditvermittlung erlösen. Die Unterscheidung zwischen eigentlichen Spartassengeldern und etwa unzulässigen kurzfristigen Geldgebern ist leicht möglich. Abgesehen von der Prüfung der Person des Geldgebers ist unter heutigen Verhältnissen eine Einzelsumme über 8000 Mk. in der Regel nicht als eigentliches Spargeld anzusehen. Der Minister ordnet ferner an, daß Sparkassen und öffentliche Kommunalkassen ausländische Kredite nicht aufnehmen dürfen, einerlei, ob sie in fremden Wäluen oder in deutschem Geld anzuwenden werden sollen. Für das Aktivgeschäft stellt die Verfügung als obersten Grundsatz die Wahrung der unbedingten Sicherheit und die ständige Aufrechterhaltung der Liquidität auf. Die Sparkassen haben sich jeder neuen Geschäftsbeziehung mit Privatpersonen außerhalb ihres Geschäftsbezirks zu enthalten und sollen bis im etwaigen Einzelfalle bestehenden Geschäfte abwickeln, sobald es wirtschaftlich möglich ist. Die Sparkassen sollen weiter nicht darauf eingehen, den seiner Natur nach kurzfristigen Kontokorrentkredit zu einem langfristigen umzuwandeln, wie es vielfach versucht wird. Bei Gewährung größerer Kredite ist besondere Zurückhaltung am Platze. Sobald ein einzelner Kredit 1 Prozent des Einlagebestandes übersteigt ist seine Bewilligung von einem Beschluß des Vorstandes abhängig zu machen. Die Verfügung wendet sich weiter dagegen, daß die Sparkassen, die ihre Kredite unmittelbar der eigentlichen Produktion zuführen sollen, ihre Bestände weitgehend bei Kommunalkassen anlegen. Das kann unter Umständen die Liquidität der Sparkasse gefährden und nimmt auch in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, die Sparfähigkeit der Bevölkerung zu heben und die zu seiner Betätigung erforderlichen Einrichtungen zu fördern, den Sparfassendenwaltungen den Trieb zu selbständiger Geschäftstätigkeit. Als gegebene Ausgleichsstelle für vorübergehend verwendbare Gelder der Sparkassen wird vielmehr die provinziale Kreditorganisation bezeichnet.

Es wäre angebracht, wenn der Minister die „volkswirtschaftlichen“ Grundzüge auch den provinzialen Organisationen nahegelegt hätte. Es steht fest, daß diese Girozentralen in einseitiger Betonung privatwirtschaftlicher Zwecke die Aufgaben, für die sie geschaffen sind, vernachlässigen. Es kann nicht als volkswirtschaftlich gesunde Geschäftsgebarung bezeichnet werden, wenn Girozentralen durch Ausleihe ihrer verfügbaren Mittel an private Kreditvermittler den Geldleihenhandel unterstützen, der erstens die an und für sich knappen Kredite unbillig verteuert zweitens aber zur Sicherheit des Kreditgeschäftes wenig beiträgt.

Zu den schwierigsten Aufgaben der Kreditpolitik gehört zweifellos die Beschaffung langfristiger Kredite. Die in der Verfügung des Ministers erwähnte Umwertung der Kontokorrentkredite in langfristige Kredite verstoßt gegen den Grundsatz, der neben dem der Sicherheit der wichtigste ist, den der Liquidität, wenn auch zweifellos gewisse Spitzenbeträge dauernd in einer bestimmten Höhe den Kassen zur Verfügung stehen. Die außerordentlich unsichere Lage, die durch die sich häufenden Fälle von reinem Geldmangel beruhenden Zahlungsschwierigkeiten gekennzeichnet wird, verleiht eine solche Ueberwindung der Kreditvermittlung umso weniger, als jetzt auch bei dem solidesten Kreditverkehr die Möglichkeit plötzlicher stärkerer Beanspruchung besteht. Eher können schon die Spitzenbeträge der Girozentralen und vor allen Dingen auch der Sparkassen der Länder und Kommunen als Quelle langfristiger Kredite angesehen werden, tatsächlich hat man ja auch in früheren Zeiten von dieser Möglichkeit in großem Umfang Gebrauch gemacht.

Ein Kabinett Marsal in Frankreich.

Der Finanzminister Francois Marsal ist Sonnabend um 11 Uhr ins Elisee gerufen worden. Beim Verlassen des Elisee erklärte Francois Marsal, daß er die Regierungsbildung übernehmen und voraussichtlich am Dienstag eine Botschaft des Präsidenten vor der Kammer und vor dem Senat verlesen werde.

Francois Marsal — der zu den Persönlichkeiten des nationalen Worts zählt und Finanzminister im bisherigen Poincare-Kabinett war — hat einigen Journalisten die Mitteilung gemacht, daß die Botschaft, die er am Dienstag im Auftrag des Präsidenten vor den Häusern des französischen Parlaments verlesen werde keine einfache Demissionsbotschaft sein werde, sondern eine Stellungnahme der Kammern erfordern wird. Im Anschluß hieran werde er eine kurze Regierungserklärung verlesen.

Die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts Francois Marsal ist folgende: Vorky und Finanzminister Francois Marsal, Justiz-Senator Rattier, Neuherres Abg. Lefebvre du Prey, Innerer Senator De Seibes, Krieg Abg. Maginot, Marine Abg. Desfray, Kolonien Fabry, Öffentliche Arbeiten De Trocquer, Ueberbau Jourdain, Befreite Gebiete Doulx Marin, Wirtschaft Cabus, Dessenlicher Unterricht Landry, Handel P. G. Mandin.

Der Sturmangriff gegen Millerand. In den Wandlungen der Kammer war viel vom Zusammenritt des Kongresses, d. h. der Vereinigung von Senat und Kammer zur Präsidentenwahl in Versailles, die Rede. Die Agence Havas bemerkt dazu: Die Kandidatur Painlevés scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Doumergues Absichten seien noch nicht bekannt, und man weiß nicht, ob er Kandidat sein werde oder nicht. Nach dem „Journal“ wird der Senat am Dienstag nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten in dem Wunsche, der Kammer die volle Verantwortung zu überlassen, einfach die Niederlegung der Botschaft in den Akten beschließen.

Frankreichs Selbstbesichtigung.

„Deubre“ schreibt unter Bezugnahme auf die Außenpolitik Herriots, in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland müsse Frankreich entschlossen gewisse Maßnahmen treffen, die jenseits des Rheines die Autorität der Demokraten und der Republikaner stärken. Es dürfe nicht unüberprüfbar bleiben, wenn Poincare in seinem letzten Schreiben an MacDonald erklärt habe, daß an der französischen Außenpolitik nichts geändert werde. Als Poincare an Briand's Stelle getreten sei, habe er verkündet, daß die französische Außenpolitik neue Bahnen einschlagen werde. Herriot als Ministerpräsident würde sich angelegen sein lassen zu beweisen, daß die kostspielige Methode Poincares endgültig aufgegeben werde. Die deutschen Gefangenen, die Geiseln, deren man sich im Rheinland und Ruhrgebiet bemächtigt habe, müßten in Freiheit gesetzt werden. Durch eine umfassende Revision der vorgezeichneten oder angeklügelten Maßnahmen im besetzten Gebiete müsse der Verschleppungsprozess Einhalt getan werden. Das Blatt verweist auf die Requisitionen und Baupläne der französischen Besatzungsbehörde in gewissen Ruhrstädten. Das Mindeste, was erwartet werden dürfte, sei eine entsprechende Verminderung der französischen Forderungen. Schlimmer als alles sei der moralische Schaden, der Frankreich durch seine Maßnahmen erwachsen sei. Das müsse aufhören, vor allem müsse sofort die Beschlagnahme von Schulgebäuden eingestellt werden.

London brandmarkt Frankreichs Ruhrpolitik.

Das Regierungsblatt „Daily Herald“ bricht die Hoffnung aus, daß die neue französische Regierung selbst, wenn sie es nicht für nötig halte, die Ruhr zu räumen, doch mindestens umgebend Maßnahmen treffen wird um den Charakter der französischen Rhein- und Ruhrbesetzung zu ändern. Das Blatt zählt auf, wie in Westinghousen das Militärgericht an einem einzigen Tage 40 Menschen für beleidigende Bemerkungen verurteilt und innerhalb von vier Tagen 1000 Pfund Geldstrafe verhängt habe. Viele Deutsche seien bis zu 10 Jahren wegen Pressevergehen und ähnlicher Missetaten in das Gefängnis gekommen. Die Gerichtsverfahren würden immer geheim geführt. 3000 Menschen lägen in den Militärgefängnissen und viele wären nach unbekanntem Gefängnissen in Frankreich deportiert worden. Alle Proteste hätten bisher nichts genutzt. Jetzt erhoffe man von Herriot das, was Poincare nicht durchzuführen wagte. Auf alle Fälle müsse diese Frage bei den kommenden Verhandlungen gelöst werden. Es werde verlangt werden, daß alle Gefangene und Deportierten zurückkehren und alle aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Beamten wieder in ihre Stellen eingesetzt würden. Die englische Regierung werde diese Forderungen unterstützen.

Frankreich zur Öffnung der Archive bereit.

Der „Temps“ bespricht in einem Leitartikel die Reichstagsabstimmung, und zwar besonders die Rede Dr. Stresemanns. Insonderheit seine Erklärung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, die Frage der Kriegsschuld amtlich aufzuklären, wenn alle amtlichen Dokumente veröffentlicht wären.

Der „Temps“ schreibt dazu: „Wenn Stresemann so spricht, dann kann man nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als hätte man nichts gehört. Man kann auch nicht antworten, man werde die Archive nicht öffnen. Wir haben das Recht nicht zu scheuen.“ Der „Temps“ weist dann auf Kronzeugen und Dokumente für die Kriegsschuld Deutschlands hin und sagt: „Trotzdem ist es je länger, desto notwendiger, manche anderen diplomatischen Aktenstücke, die noch in den Archiven beizubehalten liegen, zu veröffentlichen, allerdings nicht nur in einer Sprache, sondern wortgetreu in die wichtigsten fremden Sprachen übersetzt und in den verschiedenen Hauptstädten gleichzeitig. Wir wollen Klarheit, völlige Klarheit und kein Zwielicht, weil Frankreich nichts zu fürchten hat.“ (?)

Kommunistische Demonstrationen in Hamburg.

Im Anschluß an die im Gewerkschaftshaus abgehaltene kommunistische Versammlung, bei der der Reichstagsabgeordnete Thälmann sprach, formierten sich einige hundert Teilnehmer. Als die Polizei die Demonstranten zum Auseinandergehen aufforderte, wurden etwa 10 Schüsse aus der Menge heraus auf die Beamten abgegeben. Durch einen dieser Schüsse wurde ein Oberwachmeister am Oberschenkel verletzt, und der Beamte mußte nunmehr selbst von der Waffe Gebrauch machen. Ob dadurch Personen verletzt wurden, ist nicht bekannt. Zwei Demonstranten wurden festgenommen. Einer von ihnen befand sich im Besitze einer Waffenzylinder.

ag: Film: gin (Nach dem Liedke. nde tag: Zwölf mer. usik. Hecker. f' Aue meine Garten. lere. te. r u. Frau. hal elle r t beza. 00 13 9.01 AN NIE IAS KA A

Neue Kampfanfrage des Kommunisten.

In dem am Sonnabend (9. Juni) in Berlin e. h. gehaltenen „Noten-Sturm“ wird im Rahmen längerer Ausführungen, die die Arbeiterklasse tragen: „Die Kampfanfrage in der Wirtschaftskrise“ folgendes gesagt: „Die Kampfanfrage ist klar: Der Stundenlohn muß erhöht werden! Als erste Etappe: 30 Prozent über den Vorkriegsminimallohn. Dieser Lohn muß unter allen Umständen weiter bezahlt werden, sei der Betrieb eingeschränkt oder nicht. Mögen die Kapitalisten sehen, wo sie Geld hernehmen. Mögen sie ihre ausländischen Beteiligungen verkaufen! Diese volle Lohnauszahlung, auch bei Betriebseinschränkungen, ist das Mindeste. Darüber hinaus muß aber unter allen Umständen die Arbeitszeit soweit verkürzt werden, daß alle Arbeiter in den Produktionsprozessen eingereicht werden können. Bei demselben Lohn: 30 Prozent über dem Vorkriegslohn selbstverständlich! Die Erwerbslosen müssen aber unter allen Umständen Unterstützung in derselben Höhe erhalten. Die Forderungen, einfache Forderungen der Existenzmöglichkeit, müssen durchgesetzt werden in gesteigerten Aktionen des Proletariats. Schon diese Forderungen stellen die Frage der bewaffneten Kämpfe in den Vorkriegszeiten, sie machen jedem Proletarier zur Pflicht, für keine Bewaffnung Sorge zu tragen bei Strafe seines Unterganges.“

Man darf gespannt sein, wie auf diese offensichtlich zum Aufruhr und zur Gewalttat auffordernden Worte Behörden reagieren werden!

Keine Verhandlungen im oberschlesischen Bergbau.

Gleiwitz, 5. Juni. Auf die Einladung des Reichsarbeitsministeriums, am 6. Juni an Verhandlungen über den Streik in Oberschlesien teilzunehmen, haben die Arbeitgeber den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums erklärt: Die Arbeitgeber sind nicht in der Lage über die Arbeitszeit und über die Lohnfrage zu verhandeln. Die Arbeitszeit ist durch verbindlichen Schiedspruch geregelt. Eine Erhöhung der Löhne kann bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, besonders nach den Verlusten durch den Streik, unmöglich gewährt werden. Ueber sonstige nach streitige Punkte sind die Arbeitgeber bereit nach der allgemeinen Aufnahme der Arbeit mit den Gewerkschaften in Besprechungen einzutreten, falls solche beantragt werden. Ueber die Streiklage im oberschlesischen Bergbau meldet uns ein Eigenbericht noch folgendes:

In Oberschlesien ist die Zahl der Arbeitswilligen weiter gestiegen. Infolgedessen kann auf verschiedenen Gruben wieder gearbeitet werden, allerdings in beschränktem Umfang. Kommunistische Kreise arbeiten aber immer noch gegen die Arbeitswilligen, namentlich der kommunistische Reichstagsabgeordnete Jadasch, der soeben aus der Haft entlassen wurde und der durch Bedrohen den Streik verschärfen und verlängern will.

Bevorstehende amerikanische Antwort an Japan.

Staatssekretär Hughes hat die amerikanische Antwort auf die japanische Protestnote in der Auswanderungsangelegenheit fertiggestellt. Sie soll dem Botschafter Danbara in den nächsten Tagen überreicht werden. In japanischen Kreisen besteht die Hoffnung weiter, daß die ganze Frage doch noch durch Staatsvertrag anderweitig geregelt werde. Der hier weilende frühere japanische Kriegsminister Baron Ishimatzu sagte heute in einer Rede, Japan besinne sich wegen des Einwanderungsgesetzes in großer Erregung, schöpfe aber einige Hoffnung aus der Möglichkeit, die gegen das Gesetz in verschiedenen Ländern laut geworden sei. Er hege die Zuversicht, daß es in der Einwanderungsfrage zu einem neuen Abkommen zwischen den Regierungen von Washington und Tokio kommen werde, durch das das eben beschlossene Gesetz seine Wirksamkeit verliere.

Das Chamäleon.

Von E. von Elvestad.
Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.
(18. Fortsetzung.)

Stilles Kapitel.
Ein nächtlicher Wanderer.
Deutnant Rosenkrantz ging an die Tür.
„Was gibt es?“ fragte er.
„Kommen Sie mit mir,“ antwortete Krag.
„Haben Sie etwas gesehen?“
Krag gab keine Antwort auf diese Frage, und der Deutnant wollte die Lampe erheben, um in dem finsternen Gang zu sehen; allein Krag verhinderte ihn.
„Kein Licht!“ sagte er. „Und gehen Sie vorsichtig.“
Nachdem sie die Hintertür geschlossen hatten, schlichen sich die zwei Männer den Gang hinunter. In dem ganzen großen Hause war sonst nirgends ein Licht zu sehen; alles war zur Ruhe gegangen.
Als Krag sah, daß sein Freund durch den ganzen Gang, bis dieser in der Nähe seines eigenen Zimmers ein Ende hatte. Hier war ein Fenster, das auf die schneebedeckten Felder hinausging und hinter den Gängen, die den Horizont abschlossen, konnten sie den Lichtschein der nahen Stadt sehen. Krag deutete auf dieses Fenster, und der Deutnant schaute hinaus, konnte aber nichts Auffälliges entdecken. Und doch konnte ihn Krag unmerklich nur darum herbeigeführt haben, damit er die ungewöhnlich reizvolle nächtliche Landschaft bewundere, diese große, laute Welt von blauerweißen Schneemassen mit schwarzen Inseln sinner Waldstücken darinnen. Nirgend war Leben zu entdecken, kein freundlicher Rauch stieg aus einem einsamen Hause auf, nirgends ertönte heller Glockenklang auf den Straßen.
Rosenkrantz sah den Detektiv an, dessen Augen auf

Abtritt des japanischen Kabinetts.

Das Kabinett wird gemeldet: Das Kabinett ist zurückgezogen.

Der Abtritt des Ministerpräsidenten Kijoura war bereits als bevorstehend angekündigt worden. Vermutlich wird Kijoura durch den Führer der Opposition, Graf Kato, ersetzt werden.

Rein Aufheben der Wohnungswirtschaft. In Erfurt begann am Freitag die Hauptversammlung der dortigen Tagung der Vereinigung deutscher Wohnungsbäuer. Unter den offiziellen Teilnehmern befand sich ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, ferner Vertreter der bayerischen, sächsischen, hessischen und württembergischen Staatsregierungen. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Regierungsrat Dr. Ebels, betonte in einer Ansprache die Unmöglichkeit, von der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen im gegenwärtigen Augenblick abzugehen. Die Forderung nach Aufhebung der Wohnungsbäuer sei nicht berechtigt, da zwischen dem Wohnungsangebot und der Nachfrage noch immer ein zu großes Mißverhältnis bestehe. Die Aufhebung der Wohnungsbäuer würde dazu führen, daß ein rücksichtsloser Kampf um die Wohnungen einsetzen würde. Es wurde eine Reihe von Entschleunigungen angenommen, in denen Mittel zu Bauweisen und die Erhöhung der Mieten in den alten Wohnungen zur Steigerung der Rentabilität der neuen Wohnungen gefordert werden.

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Außerkräftsetzung des Reichsmietengesetzes verlangt. Die Angleichung der Mieten an die Friedensmiete soll nach dem Antrag bis spätestens 1. April 1925 vollzogen sein.

Wieder eine bayerische und württembergische Post? Zu den bayerischen Ansprüchen auf Erhöhung der Postabfindung hören wir von unterrichteter Seite: Bei der Forderung der bayerischen Regierung handelt es sich nicht um mehrere Hundert Millionen Goldmark, sondern das Kaufgeld betrug im Jahre 1920 620 Mill. Papiermark für die bayerische und 250 Mill. Papiermark für die württembergische Post. Beide Papiermarkbeträge zusammengekommen entsprechen heute einer Summe von ungefähr 50 Millionen Goldmark. Die Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, mit Bayern über die Höhe der Summe in Unterhandlung zu treten, dagegen muß das Annehmen eines Teiles der bayerischen Forderungen in Beziehung auf die Posthoheit zu stellen, als unvereinbar mit der Reichsverfassung zurückgewiesen werden.

Beendigung des Einsatzes der Technischen Nothilfe im Bergbau. Nachdem der für verbindlich erklärte letzte Schiedsspruch für den deutschen Ruhrbergbau von den Bergleuten angenommen und seit Anfang dieser Woche die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen ist, konnte der am 7. Mai auf der Höhe Radbod zur Ferngasversorgung von Damm und Münster erfolgte Einsatz der Technischen Nothilfe wie auch die beiden anderen Einsätze auf der Höhe Wernu unweit von Radbod und auf Höhe Herrmann bei Selmsberg zurückgezogen werden.

Die untragbaren Wäcmlasten. Wie wir erfahren, haben die Stahlindustriellen in einer gemeinsamen Kundgebung an die französisch-belgische Regie die Unmöglichkeit erklärt, die jetzigen Wäcmlasten auch nach dem 15. Juni fortzusetzen. In der Ruhrindustrie mußten innerhalb der letzten vier Wochen 19 Prozent der Arbeiterschaft entlassen werden.

Das Küstungsfever. Das Mitglied der englischen Arbeiterpartei Dorel erklärte in einer Rede, er sehe mit Besorgnis die riesige Herstellung von Küstungen in Mitteleuropa. Die großen Stabwerke in der Tschecho-Slowakei und die österreichischen Staatsfabriken arbeiteten unter Hochdruck und erzeugten einen bauernden Strom von Kriegsmaterial für die Tschecho-Slowakei, Rumänien und in geringerem Maße für Polen. Die Stabwerke gehörten tatsächlich der Gruppe Schneider-Gruppe an und ständen unter direkter französischer Kontrolle. Andererseits stehe jeder Industriezweig in vorwiegend feindlichen Ländern, wie Oesterreich, der nur entfernt mit den Küstungen zusammenhänge, unter der Kontrolle der Vorkriegsindustrien in Paris, deren Tätigkeit ebenso widerständig wie mysteriös sei.

Vom internationalen Gewerkschaftskongress. Der 3. internationale Gewerkschaftskongress nahm eine Resolution an,

einen bestimmten Punkt in der Landschaft gerichtet waren. Und nun erkannte er, daß dennoch irgend etwas um den Weg sein mußte, denn das sonst so gelassene Gesicht zeigte einen gespannten Ausdruck.
Krag deutete. „Sehen Sie dorthin!“ bat er.
„Dort in der Allee?“
„Ja wohl. Richten Sie die Blicke fest auf den Punkt, wo sich die Allee öffnet. Wir haben Glück, der Mond scheint hell heute nacht.“
Gepannt starrte Rosenkrantz hinter. Endlich sah er einen dunklen Schatten, der in der Allee auftauchte und sich über den bläulichen Schnee des Wegs bewegte. „Das ist ein Hund,“ sagte Rosenkrantz. „Es ist einer der Hofhunde; das ist doch nichts Besonderes.“
„Warten Sie,“ sagte Krag.
Gleich darauf glitt drunten ein neuer Schatten hervor, und Rosenkrantz fuhr zusammen.
„Ein Mensch!“ flüsterte er.
Als Krag sah keine Antwort, sondern hielt die Blicke unverwandt auf die Gestalt gerichtet, die sich langsam dem Hofe näherte.
„Der Hund geht voran!“ flüsterte der Deutnant.
„Und was folgt daraus?“
„Daß er die Leute, die hinter ihm herkommen, kennt. Aber ich dachte doch, auf dem Gute sei alles längst zur Ruhe gegangen.“
„Die Hunde hielten sich auch stille in der Nacht, wo an das Fenster des Generals geklopft wurde,“ flüsterte Krag.
„Kennen Sie den dort unten?“
„Nein, er trägt einen langen Mantel. Ich habe bis jetzt noch niemand auf dem Hof mit solch einem Mantel gesehen.“
„Wohl!“ sagte Rosenkrantz Krag am Arm.
„Es großer Gott, ich habe eine entsetzliche Ahnung. Ein Schauer kühlt mir über den Rücken.“

In der Beton wird, daß der Kampf für den 8-Stundentag und die 48-Stundenwoche unter den Aktionen des Kongresses an erster Stelle stehen müsse. Sodann nahm der Kongress folgende Resolution zur Kenntnis: Das internationale Exekutivkomitee der Bergarbeiter hat den Bericht der deutschen Vertreter über die gegenwärtige Lage über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse entgegen genommen. Es erludt die Vertreter der Arbeiterschaft, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß den Forderungen der deutschen Bergarbeiter bei Abschließung der Verträge über die Kohlenlieferungen Deutschlands entsprochen wird. Es folgte die Wahl des Vorstandes, zum 1. Vorsitzenden des Büros wurde Burgess (England) gewählt. Hierauf wurde der Kongress, der seine nächste Tagung in Paris abhalten wird, geschlossen.

Keine Unruhen in Rumänien. Die rumänische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Nach den stark übertriebenen Gerüchten über die Explosion in Controci hat man neuerdings Gerüchte über einen Bauernaufstand, an dessen Spitze sich General Averescu gestellt hätte, verbreitet. Die rumänische Gesandtschaft ist ermächtigt, zu erklären, daß in Rumänien die vollkommenste Ordnung herrscht. General Averescu hatte vorgestern seinen Parteikongress abgehalten. Alles hat sich ruhig abgespielt. Es hat nicht einmal eine Straßendemonstration stattgefunden. Höchstwahrscheinlich stehen wir einer Fraktionmeldeungskampagne gegenüber, die durch Versenksulanten und dlesentigen organisiert wird, die ein Interesse daran haben, durch ihre Mährer das Vertrauen des Auslandes in den politischen und wirtschaftlichen Aufschwung Rumaniens zu erschüttern. Die rumänische Gesandtschaft demontiert auf das allerentschiedenste diese tendenziösen Fraktionmeldungen.

Der Sieg der Revolutionäre in Albanien. Aus Tirana wird gemeldet, daß die Revolutionäre sich der Stadt Vlesha, die von Regierungstruppen geräumt worden sei, bemächtigt haben.

Von Stadt und Land.

Am 10. Juni.

Geschlechterte sozialistische Einigungsverhandlungen.

Am Donnerstag fanden in Dresden unter Vorsitz des Abg. Wels Einigungsverhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit und Minderheit in Sachsen statt, die nach kurzen Auseinandersetzungen ergebnislos abgebrochen wurden. Während die Fraktionsmehrheit forderte, daß die Fraktion im Landtag allein die Entscheidung treffen dürfe, verlangte die Gegenpartei, daß die Fraktion nur zusammen mit den Landesinstanzen entscheiden dürfe. Die Fraktionsmehrheit ließ sich aber auf gar nichts ein, sondern gab folgende Erklärung ab: „Nachdem die Minderheit der Landtagsfraktion, obwohl sie wählte, daß noch vor dem Parteitag ein Einigungsversuch durch den Parteivorstand unternommen werden sollte, die entstandene Spannung zwischen uns dadurch verstärkte, daß sie das von den Kommunisten eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die Regierung unterstützte, glaubt die Fraktionsmehrheit nicht an eine Beseitigung der Differenzen durch Verhandlungen in Sachsen, ehe nicht durch die Autorität eines Reichsparteitages die Stellung der Landtagsfraktion in Fällen der Wiedererrichtung zu den Organisationsleitungen klargestellt ist. Die Fraktionsmehrheit muß daher auf einer Entscheidung des Parteitags bestehen.“ — Danach wurde folgende die Sitzung aufgehoben. Die radikale Fraktionsminderheit teilt hierzu die sehr interessante Tatsache mit, daß das Mißtrauensvotum gegen die Staatsregierung mit Zustimmung der Landesinstanzen beschlossen worden sei. — Nun hat also der Reichsparteitag binnen kurzem das letzte Wort.

Tagung des sächsischen Landesvereins des Evangelischen Bundes in Stollberg.

Auf seiner Tagung des Landesvereins in Stollberg fandte der Ev. Bund eindringliche Mahnrufe zur Wahrung des deutschen protestantischen Interesses ins Sachsenland. In öffentlicher Versammlung sprach Pfarrer Hentscher-Krüner im Sinne aller Versammelten: Es gelte die Stimme Gottes zu erlauschen, sie dem Volke

„Woran denken Sie?“
„Ich denke an ihn, den ich in der Finsternis am Kamin habe sehen sehen, an den Bruder.“
„Der seit zehn Jahren tot ist.“
„Aber ich habe ihn ganz deutlich gesehen, Krag, und ich leide nicht an Gesichtshaltungen. Solange ich lebe, vergesse ich das blass, graubärtige Gesicht und die merkwürdigen Augen hinter der goldenen Brille nicht.“
„War er groß?“
„Nein, er war kaum größer als der Mann, der jetzt dort unten auf den Hof kommt.“
Wieder schloß Krag eine Weile, während der er immer noch mit großer Aufmerksamkeit die sich nähernde Gestalt betrachtete. Sie schritt langsam, beinahe unhilflich. Der Hund hatte den Hofplatz bereits erreicht. Da sagte Krag wie zu sich selbst:
„Die Toten kommen nicht wieder.“
Rosenkrantz wollte antworten, kam aber nicht dazu; er bemerkte daß das Gesicht des Detektivs plötzlich nicht mehr gar so ernst ausah. Als Krag Krag lächelte sogar.
„Was haben Sie?“ fragte Rosenkrantz, sich schüttelnd.
„Ich dachte nur über das wirklich höchst anregende Gedank, das ihr hier auf dem Hofe habt. Das verändert ja das Aussehen wie ein Chamäleon. Die eine Nacht tritt es als mittelalterlicher graubärtiger Mann in Magertracht auf, die nächste Nacht ist es ein langbeiniger Einbrecher, in der dritten Nacht ist es eine Frau.“
„Eine Frau!“ rief Rosenkrantz.
„Nicht so laut!“ mahnte Krag. „Es ist nicht nötig, das ganze Haus zu wecken.“
Er deutete auf den Hof hinunter und nickte.
„Ja wohl, es ist eine Frau,“ sagte er.

(Fortsetzung folgt)

...verfassen. Was ist sein wichtigster Inhalt, sondern ein Kampf, ein Sieg der Freiheit. In diesem Sinn verfaßt der Landesvorsitzende H. Dr. Köhler; die Beschlüsse wollen wir, sondern ein Haus des Glaubens anführen. ...

Der Niederschlag der Tagungsarbeiten kam in einer Rundgebung zum Ausdruck in der es a. a. heißt: „Der 24. seines Jahrestages in Stolberg verfaßte Landesverein des Sv. Bundes ruft alle evangelische auf, gegenüber aller schmerzlichen und harmlosen Betrachtungsweise der römisch-kathol. Kirche, die überall in der Welt und nicht zuletzt in Sachsen, im Mutterland der Reformation, planmäßig den Protestantismus zu verdrängen sucht, sich aufs neue zu bekennen auf den unerschütterlichen Wert, der unserm Volke durch Luther im Evangelium von Jesus Christus geschenkt ist. ...“

Einigung in der Klingenthaler Harmonika-Industrie.

Der seit etwa 5 Wochen andauernde Bohnenkampf in der Harmonika-Industrie des Klingenthaler Bezirks ist durch Schlichtungsverhandlungen, die am 4. Juni in Joidkau stattgefunden haben, beendet worden. Die Parteien einigten sich auf eine neue Bohnenliste, die einen Spitzenlohn von 42 Btg. vorsieht. Die Regelung gilt bis Ende August 1924. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Verbandsbetrieben erfolgt am 11. Juni. ...

Neue Gesetzesvorlagen.

Dem Landtag ist der Entwurf eines Beamten-Stellungsgesetzes vorgelegt, nach welchem Staatsbeamten, die auf Grund des Personalabbaugesetzes einstweilen oder dauernd in den Ruhestand versetzt worden sind, der Erwerb und die Bebauung von Grundbesitz zu garten- oder landwirtschaftlichen Tätigkeiten erleichtert werden kann. ...

Die Unterstützung der Bergarbeiter durch Gemeinden.

Das Ministerium des Innern hat aus Anlaß der Klagen, daß einzelne Gemeinden bei wirtschaftlichen Kämpfen öffentliche Mittel in einer Weise verwendet, die als ein unmittelbares Eingreifen in den Lohnkampf anzusehen und infolgedessen mit den gesetzlichen Vorschriften nicht zu vereinbaren sei, die Aufsichtsbehörden durch Erlass einer allgemeinen Verordnung darauf hingewiesen, daß eine allgemeine oder präventive Unterstützung ausgeperrter oder streikender Arbeiter aus Gemeindemitteln im Hinblick auf §§ 4 und 23 der sächsischen Armenordnung unzulässig und ein Eingreifen im Wege der öffentlichen Fürsorge nur dann gerechtfertigt sei, wenn ausgeperrte oder streikende Arbeiter und vor allem deren Angehörige infolge ihrer besonders großen persönlichen Notlage hilfsbedürftig im Sinne der reichsrechtlichen Richtlinien zu § 8 der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 27. März 1924 (RGBl. S. 379) und zur Behebung der Notlage aus eigener Kraft nicht in der Lage seien. ...

Personalveränderungen in der höheren Staatsverwaltung.

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 8. Juni eine größere Anzahl von Personalveränderungen vorgenommen. Es wurden ernannt zu Ministerialräten in Außenministerium der Amtshauptmann Graf Vitzthum in Romens sowie der Oberregierungsrat Dr. Walther Richter in Dresden, im Ministerium für Volksbildung der Bezirkschulrat Dr. Weinhold in Großenhain; zum Kreisshauptmann in Joidkau der Ministerialrat Dr. Jan in Dresden und zu seinem Stellvertreter der Oberregierungsrat Fimmex in Joidkau; zum Kreisshauptmann in Bautzen Amtshauptmann Dr. Richter in Joidkau und zu seinem Stellvertreter der Präsident der Staatspolizeiverwaltung Dr. Thomas zum Präsidenten der Staatspolizeiverwaltung der Amtshauptmann Dr. de Gueberg in Dresden-Neustadt; zum Kreisshauptmann in Großenhain; zu Amtshauptleuten: in Romens der frühere Amtshauptmann in Weißen Dr. Siebert, in Großenhain der Ministerpräsident a. D. Felsch; zu Bezirkschulräten: in Großenhain der Schuldirektor Feldmann in Mittweida, in Döbeln der Bezirkschulrat Dr. Frenzschmar, in Marienberg der Studienrat Schroedel in Aichbach und endlich zu Oberregierungsräten im Wirtschaftsministerium die dortigen Regierungsräte Rahlert und Dr. Hanefeld. ...

Vor einer Wiedereinführung der Ausreiseperrre. Am Freitagvormittag fand innerhalb der beteiligten Ressorts auf Einladung des Reichsfinanzministeriums eine Besprechung über die geplante Wiedereinführung der Ausreiseperrre statt. ...

die geplante Wiedereinführung der Ausreiseperrre statt. Das Reichsfinanzministerium ließ durch einen Referenten die Gründe darlegen, die eine Wiedereinführung notwendig erscheinen lassen. ...

Einlag der Technischen Hochschule in der sächsischen Landwirtschaft. In dem seit einem Monat andauernden Zustand in der sächsischen Landwirtschaft ist die K. H. bekanntlich seit dem 26. Mai zur Berrichtung der von den zuständigen sächsischen Behörden als lebenswichtig anerkannten Kostarbeiten eingeleitet. ...

Sächsischer Bürgermeistertag. Am 31. Mai und 1. Juni fand in Dippoldiswalde die diesjährige Tagung des sächsischen Bürgermeistertages, der Vereinigung der leitenden rechtswidrigen Bürgermeister der bisherigen Städte mit revidierter Städteordnung, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Kühn, Bischofswerda statt. ...

Der erste sächsische Feldkammerabendtag in Leipzig. Eine allgemeine Wiedersehensfeier für alle ehemaligen sächsischen Weltkriegsteilnehmer, verbunden mit der 1. Deutschen Gefallenen-Gedächtnisfeier am Völkerschlachttage, findet, wie bereits gemeldet, vom 14. bis 16. Juni 1924, zugleich mit dem 1. Bundestag des Bundes sächsischer Feldkammerabende-Vereinigungen in Leipzig statt. ...

Die Geschäftsaufsicht ist jetzt das Gebiet, das Verleumdung, Klatschbosen und leichtfertige Ruigeteilererger als Frey erlernen haben.

Jeden Tag hört man neue Namen und Firmen, von denen diese Leute, natürlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit erzählen, daß Geschäftsaufsicht über sie bestehe. Man wird gut tun, garnichts zu glauben. ...

Das herrliche Pfingstmetter lockte die Mehrzahl der Stadtbewohner, so auch die aus unserm Aus, hinaus aufs Land und in die bekannten Ausflugskästen.

So feste schon am ersten Feiertag in den allerfrühesten Morgenstunden lebhaftester Verkehr ein, der sich während beider Festtage aufrecht erhielt. ...

Ein Gedichtvortrag.

Der Leitung des hiesigen Gaswerkes ist es gelungen, einen Vortragredner der Zentrale für Gasverwertung, Berlin, Herrn Dintel, für einen allgemein verständlichen Lehrvortrag: „Die Verwendung des Gases in Küche und Haushalt“ zu gewinnen. ...

Konzerte.

Zu dem Kirchenkonzert der Dresdner Kantorei. Das Programm dieser Aufführung bringt Meisterwerke unbegleiteter kirchlicher Chormusik aus dem 16. und 17. Jahrhundert und vereinigt niederländische, italienische und deutsche Meister. ...

...wird, um die sich ein Hauch von Segenden schlingt. ... verständlich, wenn man diesem Wert die Rettung des Kirchenmusik aufschreibt. ...

Auter. Feuer. Am Sonnabend Nacht gegen 11 1/2 Uhr ertönte in unserem Orte Feueralarm. ...

Werdau. Die staatsgefährliche Feuerwehr. In den letzten Tagen rückte die freiwillige Feuerwehr mit Wust von einer Übung ein. ...

Wiesbaden. Ein überraschendes Ergebnis hatte die Wahl eines besoldeten Stadtrates. ...

Mauen i. B. Schwere Ausschreitungen. Der Besitzer der Rabrennbahn Walther Weise läßt zurzeit häusliche Veränderungen vornehmen. ...

Witna. Wiederaufleben des Schiffsbau. Nach vielfähriger Unterbrechung ist nun endlich auch der Schiffbau wieder in Witna, der schon vor Jahrhunderten in Blüte stand, zu neuem Leben erwacht. ...

Witna. Wiederaufleben des Schiffsbau. Nach vielfähriger Unterbrechung ist nun endlich auch der Schiffbau wieder in Witna, der schon vor Jahrhunderten in Blüte stand, zu neuem Leben erwacht. ...

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seidmann. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsdruck, m. b. H. Ruz.

In einem gut geführten Haushalt wird die Hausfrau zur bewährten Fabrikate verwenden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Hausfrau dazu am besten Hausbrot. ...

Deutsches erzgebirgische Pferdeschau mit Reit- und Jagdturnier.

Während der Vingtage fand in Chemnitz die dritte erzgebirgische Pferde- und Jagdschau verbunden mit Reit- und Jagdturnier statt. Veranstaltung war der Landwirtschaftliche Kreisverein in Chemnitz zu Chemnitz. Der Veranstaltung wurde nicht nur das Interesse aus Pachtstellen entgegengebracht, sondern der harte Besuch befandets ein allgemeiner Interesse großen Umfang.

Schon viele Tage vor Beginn der Ausstellung hatte man auf den großen Reitplätzen der ehemaligen Wägenfabrikemng gearbeitet um alles für die Ausstellung herzurichten. Am Freitagabend mittags 12 Uhr wurde die Schau eröffnet. Eine besondere Feier fand nicht statt. Das ganze Programm war eingeteilt in einen Reiterischen und einen Jagdteil. Wie bereits berichtet hatten sich 27 Herren zur Verfügung gestellt. Man hatte nur erste Reiter ihren Namen gewählt, wobei eine gerechte und sachliche Beurteilung der einzelnen Leistungen von vornherein verbürgt war. Ehrenpreise waren von vielen Reitern und Sportfreunden gestiftet worden. Auch darin zeigte sich das rege Interesse an der diesjährigen landwirtschaftlichen Schau.

Der Nachmittag des Freitagabend war den Vorführungen gewidmet. An die Materialprüfungen schlossen sich die Eignungsprüfungen für Reitpferde an, und zwar zunächst eine Vorprüfung für Einzelpferde, dann für Jagdpferde. Es folgten nun die Vorprüfungen zu den Dressurprüfungen, erst eine Ermunterungsdressurprüfung, dann eine Dressurprüfung für Dienstpferde. Den Schluss der Vorprüfung bildete die Eignungsprüfung für Fellei- und Mehrspanner und Landem.

Der erste Schautag:

Schon in den frühesten Morgenstunden herrschte auf dem Ausstellungsgelände lebhaftes Treiben. Die Wagen wurden für die Dauersahrt zurechtgemacht, die morgens 7 Uhr vom Turnierplatz aus startete und für die eine Fahrt von 20 Kilometern vorgesehen war.

Für 9 Uhr morgens war die erste große Prämierung angeordnet. Borgeführt wurde sächsisches Reittmaterial beider Richtungen. Damit verbunden war die Reichsverband-Stutenschau. Daran schloß sich die Prämierung der Kinder. Auch hier waren wieder wirkliche Prachtexemplare zur Schau gestellt. Unsere Viehhäute hat bedeutende Fortschritte gemacht und zeigt bereits Ansätze einer erfreulichen und gesunden Weiterentwicklung, die den Volkswirt mit Freude und Begeisterung erfüllen.

An die achtausend Menschen bevölkerten den weiten Platz. Auf den Reitplätzen begann dann die Arbeit. Da wurden zunächst die Polizeihunde vorgeführt. Viele waren berufen, aber wenige ausdauern. Die Ausdauern aber leisteten dafür auch recht Gutes. Den Höhepunkt des Tages bildete das Jagdspringen, das erst für Dienstpferde, dann für die leichte Klasse veranstaltet wurde.

Neues aus aller Welt.

Hammer-Katastrophe bei Düsseldorf. Am Sonntag nachmittags gegen 2 Uhr ging über Düsseldorf ein heftiges Gewitter mit großem Sturm und wolkenbrütigen Regen nieder, das sehr schweren Schaden anrichtete. Der Turm der Marktkirche in Bilk stürzte ein. Dabei fiel der Turmhelm zum Teil auf ein gegenüberliegendes Haus und beschädigte es stark. Ein Mann wurde getötet, eine Frau und ein Kind verletzt. Besonders der südliche Teil der Stadt hat von dem Unwetter Schaden erlitten, von zahlreichen Häusern sind die Dächer eingestürzt. Die Feuerwehr wurde in 185 Fällen zur Hilfeleistung herbeigerufen.

Eine Lokomotive im Bahnhofsperonraum. Am Freitagabend überfuhr eine Schnellzuglokomotive beim Rangieren den Bremsbock auf dem Bahnhof Großbröchenstraße. Der Tender fiel in den Tunnel des Bahnhofs. 1 Person wurde leicht, 1 Kontoristin anscheinend schwerer verletzt. Sie mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Gräßlicher Unglücksfall. Sonnabend früh ereignete sich kurz hinter der Beßelbrühe bei Tannenberg bei Reibitz ein gräßlicher Unglücksfall. Der von Weiskens kommende Personenzug fuhr in voller Fahrt in eine auf den Gleisen beschaltete Kolonne Arbeiter. Da um dieselbe Zeit der nach Leipzig fahrende Zug die Strecke passierte, hatten die Beteiligten das Warnungssignal überhört. Vier Personen wurden getötet und zwei schwer verletzt.

Zuversicht im Reich Dr. Seipels. In der letzten Sitzung des Bundesrats gab Vorsitzender Ender namens der im Bundesrat vertretenen Länder der innigsten Teilnahme für den Bundeskanzler Ausdruck und erklärte, der Bundesrat ist mit Zuversicht erfüllt, daß der Kanzler seinem Amt wieder in völliger Arbeitsfähigkeit wiedergewonnen wird.

Große Lohnerböhung im englischen Schiffbauergewerbe. Der Schlichterspruch in den Lohnstreitigkeiten im englischen Schiffbauergewerbe besagt, daß eine allgemeine Lohnerböhung von 7 Schilling wöchentlich über die gegenwärtigen Löhne hinaus bezahlt werden soll und zwar in zwei Termimen vom 14. bezw. 20. Juni an. Die Arbeiter, die auf den Werften Southampton tätig sind, sollen 8 Cent Zuschlag pro Tag erhalten.

Gegen den deutschen Tourismus in Italien. Obwohl man in Deutschland immer wieder darauf hingewiesen hat, wie ungern in den italienischen Städten der seltsame Tourismus gesehen wird, bereisen doch viele Deutsche Italien in Kleidern, mit denen sie sich zu Hause niemals sehen lassen würden. Tatsächlich protestieren jetzt verschiedene italienische Rettungen energisch gegen diesen Anseh, den sie als Rücksichtlosigkeit empfinden. Am energischsten schreibt die „Tribuna“. Sie erklärt es als ungebührlich, daß die Reisenden in Rom einmischen und in Touristenandrängen durch Rom zogen und fordert die Straßenbahnen auf, gemäß den Vorschriften diesen Reisenden den Zutritt zu verweigern.

Letzte Drahtnachrichten.

Die neuen Minister Frankreichs.

Paris, 10. Juni. Die neuen Minister, deren Nennungen heute vormittags im Journal offiziell erschienen ist, haben gestern abend bereits Kenntnis von dem Wortschat der Politik der Radikalen genommen. Heute vormittags 11,30 Uhr fand unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat statt, wobei der endgültige Wortschat der Politik bekannt gegeben wurde und die ministerielle Erklärung des Kabinetts Francois Marsal festgelegt werden soll.

Unangenehme Interpellationen in der französischen Kammer.

Paris, 9. Juni. Der Abg. Keibel hat heute nachmittags dem Kammerpräsidenten folgende Interpellation gestellt: Ich wünsche, die Regierung über die Bedingungen zu interpellieren, unter denen das neue Kabinett gebildet worden ist. Beim Senatpräsidenten Doumergue hat Cheron, der ehemalige Landwirtschaftsminister, eine ähnliche Interpellation eingebracht. Die Kammergruppe der demokratisch-republikanischen Union hat heute bereits beschlossen, den Abg. Keibel zu unterstützen.

London-Pariser Meinungsäustausch.

London, 9. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, letztlich sei ein wichtiger Gedankenaustausch durch private Kanäle zwischen Vertretern der britischen Arbeiterbewegung und den französischen Sozialist-Kadikalen gepflogen worden. In diesen Erörterungen sei ein ziemlich umfassendes Uebereinkommen erzielt worden. Dieses Abkommen werde vielleicht die Durchführung des Dawesplanes mit wirtschaftlicher Räumung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, sobald Deutschland die notwendigen Gesetzesmaßnahmen getroffen habe und die internationalen Bedingungen in der Lage wären, die ihnen zugewiesenen Organisationen zu übernehmen, die sofortige Heraussetzung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes auf ein unsichtbares Maß und ihre Beendigung, sobald die Durchführung des Dawesplanes mit deutscher Mitwirkung voransteht, die Lösung der Sicherheitsfrage durch den Völkerverbund, wobei Deutschland in den Völkerverbund aufgenommen werden soll, die baldige Uebertragung der deutschen Rüstungen auf den Völkerverbund nach Durchführung der vor kurzem vorgeschlagenen neuen internationalen Untersuchung und eine Erörterung über allgemeine Rüstungsbeschränkung behandeln.

Schützenhaus Aue.

Mittwoch, 11. Juni, 1. Gartenkonzert
abends 7/8 Uhr
ausgeführt von der Oper Städtkapelle.
Leitung: Kapellmeister Dörschel.
Nach dem Konzert: Feiner Ball.
Bei ungünstiger Witterung findet der Konzert im Saale statt.

Fahrräder

verkauft zu äußerst billigen Preisen sowie günstigen Zahlungsbedingungen.
Willy Cramer, Meisenstr. 19.
Kein Laden! — Daher billig!
Daher steht ein wenig gebrauchtes Herrenrad zum Verkauf.

Erste Klingenthaler Pianofortefabrik
Rudolf Schug & Söhne — Klingenthal i. Sa.
empfehlen ihre erstklassigen technisch vorzüglich ausgearbeiteten
Pianos
In allen Holzarten und modernen Billi, aus vor besten Material hergestellt, hervorragend im Ton, unter weitgehender Garantie zu sehr vorteilhaften Preisen. — Auch Teilzahlung gestattet, Besichtigung ohne Kaufzwang. Kataloge gratis, eventuell auf Wunsch auch per postliche Besatz.

Kapitalist oder Fabrikant

Welch glücklich gekannter
würde mit tüchtigem, langjähr. erfahrenem Merkmeister (Verwaltungsleiter) in Verbindung treten zwecks Erlangung ein- u. mehrstündiger, guter, ab. Billalbeitliche? Gutes, schon und Ruhe des Bahnhofs eines größeren Industrie-ortes bei Annaberg gelegenes großes Areal vorhanden. Wer die Schrift unter N. 2. 1924 an die Geschäftsstelle des Kurr Tagblattes erbeten.

Tilsiterkäse

In prima vollwertiger Qualität verpackt in Postpaketen per Packung stets zum billigsten Tagespreis, z. St. 1.00 p. Pfd.
Garantie: Kostenlose Zurücknahme wenn nicht prima.
Georg Niebeck, Marienburg, Döbnburgstraße 51.
Rüchensalzung.
Abgekauften Bezeugen gibt sie beim Besuch von Privatbesuchungen gute Verdienstmöglichkeit.

Hühneraugen beseitigt sicher
das Radikalmittel **Lebewohl!**
Hornhaut u. d. Fußsohle verschwindet durch **Lebewohl** — Ballen — Scheiben.
In Drogerien und Apotheken.
Erl. & Co. Nachl., Inh. K. Sommer.

Sommersprossen! Ein einfaches wunderbares Mittel tolle gegen jedem typischen mit. — Frau M. Polonski, Hannover O. 37, Oberstr. 20A.
Wer nimmt auf 1/2 Jahr **Kindpflege** Angab. unter N. 2. 1924 an das Kurr Tagblatt erbeten.

Vortrag!

Für alle Hausfrauen und sonstige Interessenten:
Im Bürgergartensaale:
„Die Verwendung des Gases in Küche und Haushalt“
verbunden mit großem Schaukochen und Verteilung von Kostproben.

Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 Uhr
Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr
Vortragender: Herr Dintel-Berlin.

Herstellung von Braten auf dem Grillrost. Braten von Fisch. Backen von Kuchen und Gebäck. Zubereiten ganzer Mahlzeiten. Verwendung der Kochkiste. Verteilen von Kostproben.
Ausstellung von Gas-Koch-, Brat-, Back- und Badeapparaten.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Städt. Gaswerk, Aue.**

Für Schülerinnen findet Mittwoch nachm. 4 Uhr ein besonderer Vortrag statt.

Eintritt frei!

**BUCHHALTUNGS-
MASCHINEN**
G. M. B. H.
CHEMNITZ
SCHADESTR.
12

ERZEUGNISSE DER WANDERER-WERKE A.-G.
SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

Gesichtsjauschlag

Das ist die einzige...
...die die Haut...
...reinstellt...
...schützt...
...erfrischt...
...erweicht...
...erhellert...
...erweicht...
...erhellert...
...erweicht...
...erhellert...

Zuttermitteln

Feinste holsteinische
Tafelbutter
täglich frisch.
Monatspreis bis 11. Juni
Wf. 1,05 pro Pfund, 10,10
u. 10,20 pro extra. Versand in
1/2-Pf.-Packt. und. Packung.
Central-Deutscher
Edelak in Holst.
Hnh. C. F. Stils.

Monogramm- Maschinen- Stäben

wird ausgestellt.
Die Wäcker, Simonsstr. 2, III.

Fahrradgummi

Viele Aufträge und Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit und guten Ware.
Machen Sie einen Versuch!
Fahrradgummi 2,80
prima Qualität 3,20
extra prima Qualität 4,50
Gebirgsmädel 4,75 u. 5,-
Fahrradkette
extra prima Qualität 1,- und 1,20
Fahrräder
Mähmaschinen
Preis niedrig, Rasal, gratis.
Emil Levy, Hildesheim 98.

Mübl. Zimmer

von 2 bis 10 Betten per 1. Juli
g o l d s t.
Angeb. unter N. 2. 1924
an das Kurr Tagblatt.